

Bericht von der Reise einer Delegation des  
Beirats- für Wirtschafts- und Sozialfragen  
vom 15.4.2013 – 19.4.2013  
Barcelona – Madrid – Lissabon

---

## Inhalt

Motivation und Dank.....	3
Zusammenfassung.....	4
Spanien .....	4
Portugal .....	6
Fazit .....	7
Programm.....	8
Delegationsmitglieder .....	11
Bericht von den Treffen in Spanien.....	12
Cambra de Comerç de Barcelona .....	12
CCOO (Comissions Obreres de Catalunya) .....	14
PIMEC (Lourdes Esteban – Directora Formació i Ocupació) .....	15
Rocio Martinez Sampere (PSC).....	15
Banco de España.....	16
Empfang durch Botschafter Dr. Rudolf Lennkh.....	17
CEOE – Confederación Española de Organizaciones Empresariales: .....	18
UGT – Unión General de Trabajadores .....	19
Ministerio de Economía y Competitividad-Secretaría de Comercio de Estado – Wirtschaftsministerium - Staatssekretariat für Handel .....	19
Ministerium für Arbeit und Sozialversicherung sowie Arbeitsagentur (SEPE).....	20
Fundación Tripartita / Stiftung für berufliche Bildung der Beschäftigten.....	21
CES – Spanischer Wirtschafts- und Sozialausschuss.....	22
CCOO – comisiones obreras & Fundación 1º de mayo.....	24
Bericht von den Treffen in Portugal .....	25
Dr. Pedro Roque, Staatssekretär für Arbeitsmarktpolitik .....	25
Dr. Albert Jäger, IWF; Dr. Reinhard Naumann, Friedrich Ebert-Stiftung Portugal .....	26
CES – Wirtschafts- und Sozialausschuss .....	27
AIP – Associação Industrial Portuguesa / Portugiesischer Industrieverband .....	28
IAPMEI – Instituto de Apoio às Pequenas e Médias Empresas e à Inovação / Staatliches Institut zur Förderung von KMU und Innovation.....	29
IEFP – Instituto do Emprego e Formação Profissional IP - Staatliches Arbeitsmarktservice .....	30

## Motivation und Dank

Ausgangspunkt und Motivation für die Reise waren die andauernde und sich in ihren Auswirkungen noch verschärfende Krise. Dabei ging es dem Beirat vor allem darum, die Entstehung der Krise, der Auswirkungen und die Besonderheiten in den Programmen der Ländern näher und im Dialog mit Ministerien, politischen VertreterInnen, VertreterInnen des sozialen Dialoges und mit Forschungsinstituten kennenzulernen und mögliche Auswege aus der Krise zu diskutieren.

Diskutiert wurden vor allem auch Fragen zu Wirtschaftsstrukturen und -reformen, zur Verfasstheit und zu Reformen am Arbeitsmarkt und der Lohnverhandlungssysteme, zur Einbindung der Sozialpartner und zum Stand und Perspektiven des Bildungs- und Ausbildungssystems, zur Migration, zu Stand, den Auswirkungen und zum Ausblick des Konsolidierungspfades und zu möglichen Lösungsansätzen, die sich aufgrund der Stärken und Schwächen der Länder anbieten.

Der Beirat möchte sich bei allen Gesprächspartnern für die Gastfreundschaft und die Offenheit im Dialog bedanken. Aus Sicht des Beirats ist es ein solch offener Austausch von Informationen und Meinungen aus erster Hand, der das gemeinsame Verständnis für das gemeinsame europäische Haus und die Situation vor Ort vorantreibt und ein differenzierteres Bild über und ein besseres Verständnis für die komplexe Situation, in der wir uns befinden, zulässt. Erst aus einem solchen differenzierten Bild lassen sich Lösungsansätze der Politik und der Sozialpartner erkennen.

Ein besonderer Dank gilt Robert Punkenhofer, Elisabeth Arévalo und Juliane Soyka vom Österreichischen Außenwirtschafts-Center Barcelona, Michael Spalek und Edie Strauss vom Österreichischen Außenwirtschafts-Center Madrid sowie Astrid Pummer vom Österreichischen Außenwirtschafts-Center Lissabon, ohne deren umsichtige Planung und Betreuung vor Ort das umfangreiche Programm und der intensive Dialog so nicht stattfinden hätte können.

## Zusammenfassung

### Spanien

So gut wie alle Vertreter betonen, dass sie sich sowohl der Probleme, denen sich Spanien gegenüber sieht, bewusst sind, als auch, dass sie ihre Hausaufgaben zu erledigen haben. Einige der heutigen Probleme gehen auf mangelnde Anpassungen nach dem EU- und Eurobeitritt zurück. Ein nicht nachhaltiges Wachstumsmodell hat Strukturprobleme in den Boom-Phasen verdeckt (und z.T. verstärkt). Die bereits erfolgten und laufenden Maßnahmen sind umso schmerzhafter und ökonomisch kostspieliger in Form von Wachstum und Beschäftigung, weil sie in eine Kontraktionsphase fallen. Das makroökonomische europäische Umfeld und das enge fiskalische Korsett haben drastische Folgen für die Wirtschaft, Unternehmen und Beschäftigung in Spanien gehabt.

Durch das Platzen der Immobilienblase und die hohe Verschuldung des privaten Sektors sind die Bankbilanzen so belastet, dass in Spanien eine echte Kreditklemme vorliegt.

Die spanische Wirtschaft ist sehr heterogen. Den strukturstarken Regionen Katalonien, Madrid und dem Baskenland steht der weitgehend strukturschwache Rest gegenüber. Dem produktiven Exportsektor (mit großen Unternehmen) steht eine sehr kleinteilige sonstige Wirtschaftsstruktur gegenüber, die nur in Einzelbereichen produktiv ist (IKT, Kreativwirtschaft).

Der Arbeitsmarkt in Spanien ist stark segmentiert in einen hoch regulierten Bereich, der etwa 2/3 der Belegschaft ausmacht (und immer kleiner wird), und einen hyperflexiblen, prekären Arbeitsmarkt. Obwohl sich die Sozialpartner auf Flexibilisierungsschritte (betr. KV-Flexibilisierung, Abfertigung) geeinigt hatten, erließ die Regierung Rajoy kurz nach der Einigung ein Gesetz, das den Arbeitsmarkt weit stärker flexibilisierte als die (aus Sicht der Regierung unzureichende) Einigung der Sozialpartner. Dieses Vorgehen hat die Sozialpartnerschaft schwer belastet. Durch die Schwere und Dauer der Krise hat die Regierung erkannt, dass eine Zusammenarbeit mit der Sozialpartnerschaft erfolgversprechender ist als ein Alleingang. So sind die Sozialpartner zB im Bereich der Pensionsreformen, des dualen Bildungssystems und bei der Jugendbeschäftigungsinitiative wieder stärker eingebunden. Die einzelnen Sozialpartner waren bisher relativ gut institutionell etabliert, insbesondere die Gewerkschaften kamen aber unter der gegenwärtigen Regierung unter starken Druck.

Die Qualifikationsstruktur in Spanien gleicht einer Sanduhr mit einem sehr geringen Anteil mittel Qualifizierter, einem relativ hohen Anteil hoch Qualifizierter und Personen ohne Qualifikation. Der Ausbau einer dualen Ausbildung zielt auf eben diesen Bereich ab und wird tripartit mit individualisiertem Recht auf Berufsbildungsmaßnahmen gemanagt.

Traditionell hoch ist die Jugendarbeitslosigkeit; selbst während der Boom-Phase waren die Jugendlichen besonders stark in Spanien betroffen. Die Wirtschaftskrise hat dieses Problem massiv verschärft.

Eine ähnliche Dualität wie am Arbeitsmarkt gibt es auch bei den Preisen: Während handelbare Güter dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt sind, steigen die Verbraucherpreise bei den nicht-handelbaren Gütern und Dienstleistungen.

In Kombination führt dies zu einem Leben in einer „gespaltenen Gesellschaft“ mit gravierenden sozialen Problemen und einer veritablen Legitimationskrise des gesamten politischen Systems.

Die Krise erwies sich als hartnäckiger als angenommen. Der Wendepunkt wurde mit jeder Prognose nach hinten verschoben, weil sich das europäische Wirtschaftsklima nicht verbessert hat. Wahrscheinlich werden Multiplikatoren der gesamteuropäischen Konsolidierung unterschätzt und die Unternehmen sind kreditbeschränkt, was zu einem Ausbleiben der Investitionen führt. Daher zeigen die Arbeitsmarktreform bis dato keine Mengeneffekte. Die Bodenbildung am Arbeitsmarkt ist noch nicht erreicht.

Dies führt in Kombination mit dem Platzen der Immobilienblase zu einer bis in die Mittelschicht hinein reichenden Armutsgefährdung. So gibt es in Spanien etwa 1,4 Millionen Haushalte, in denen keine Person über ein Erwerbseinkommen verfügt. Viele Familien sind daher auf die Unterstützung im Großfamilienverbund angewiesen, in vielen Fällen auf die Unterstützung von bereits in Pension befindlichen Personen.

Obwohl Spanien vor der Krise Musterschüler vor allem auch bei Erfüllung der Budget- und Verschuldungskriterien war, hat es nun nicht zuletzt aufgrund der ungelösten Probleme im Sparkassensektor (Immobilien) größte Probleme mit der Erfüllung des Paktes für Stabilität und Wachstum gegeben.

Die großen Herausforderungen der Zukunft Spaniens wären sozialverträgliche, nachhaltige und arbeitsplatzfördernde konsensual von der Regierung mit den Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern zu verhandelnde Reformen am Arbeitsmarkt, die Wiederherstellung der Kreditfinanzierungsmöglichkeiten vor allem für Klein- und Mittelbetriebe sowie schließlich mehr Spielraum für Investitionen in Infrastruktur, Innovation, Forschung, Wettbewerbsfähigkeit, Bildung und Daseinsvorsorge.

Bei einem günstigeren europäischen makroökonomischen Umfeld liegen die Vorteile Spaniens in einer relativ gut ausgebauten Infrastruktur (mit spin offs) und einem relativ hohen Anteil hoch Qualifizierter sowie einigen strukturstarken Regionen und Sektoren.

Für eine stärkere Exportorientierung der Klein- und Mittelbetriebe werden Wege gesucht, durch Kooperation u.a. über die Unternehmerverbände das Problem hoher Kosten und Risiken beim Schritt in neue Märkte in den Griff zu bekommen.

## Portugal

Wie in Spanien betonen so gut wie alle Vertreter, dass sie sich der Probleme bewusst sind und dass sie ihre Hausaufgaben zu erledigen haben.

In Portugal sind in der Boom-Phase Produktivitätsfortschritte in der Exportwirtschaft u.a. deshalb ausgeblieben, weil die Profitraten im Bereich der nicht-handelbarer Güter höher waren als im Bereich der handelbaren Güter und daher mehr Investitionen angezogen haben.

Da es sich bei Portugal um ein „Programmland“ handelt, sind die Austeritätsmaßnahmen noch viel stärker als in Spanien ausgefallen und treffen auf eine strukturschwächere Wirtschaft. In den Boom-Phasen nach dem EU- und Eurobeitritt stiegen öffentliche Investitionen und Beschäftigung v.a. im Tiefbau mit entsprechender Nachfrage im niedrig qualifizierten Bereich. Auch der öffentliche Konsum stieg relativ stark an.

Portugal muss insgesamt als strukturschwächer als Spanien eingestuft werden, und auch die Qualifikationsstruktur unterscheidet sich von Spanien insofern, als Portugal auch im Bereich der höher und hoch Qualifizierten einen hohen Aufholbedarf hat. Viele hoch Qualifizierte wandern in andere EU-Staaten, aber vor allem auch in portugiesisch-sprachige Länder ab. Dies entlastet zwar kurzfristig den Arbeitsmarkt, kann aber mittelfristig zu Engpässen in diesem Bereich führen. Viele niedrig Qualifizierte finden zurzeit auch in einer wieder stärker forcierten Landwirtschaft Beschäftigung.

Vom IAPMEI (Institut zur Förderung von KMU) wurde die mangelnde Flexibilität des portugiesischen Arbeitsmarktes explizit nicht als eines der Hauptprobleme der portugiesischen Wirtschaft genannt, sondern der eingeschränkte Zugang zur Finanzierung, die Qualifikationsstruktur und die hohen Risiken bei der Erschließung neuer Märkte. Auch der IWF hat die Flexibilität des portugiesischen Arbeitsmarktes nicht explizit als Problem erwähnt. Gerade in einer klein und kleinst strukturierten Wirtschaft werden auch von der Arbeitgeberseite flächendeckende Tarifverträge als sehr hilfreich angesehen. Insofern werden von den Sozialpartnern die Arbeitsmarktreformen auf Empfehlung der Troika, die die Repräsentativität von Tarifverträgen erheblich einschränken, problematisch und als externer Eingriff gesehen, der den sozialen Dialog belastet.

Die Bankenprobleme liegen eher in einem Geschäftsmodell, das auf kurzfristige, geldmarktbasierte Refinanzierung abstellt. Gegenwärtig ist in Portugal auf der Finanzierungsseite eher die Last hoher Zinsen als eine echte Kreditklemme das Problem. Die Regierung hat die wesentlichen Banken des Landes mit Beteiligungen rekaptalisiert und zielt in ihrer Eigentümerrolle auch auf die bessere Kreditversorgung insbesondere von Klein- und Mittelbetrieben ab.

Der Preisauftrieb entstammt vor allem Gütermärkten mit geringer Wettbewerbsintensität (va Energie: Verkauf der staatlichen Ölgesellschaft an China ohne vorherige Belegung des Marktes).

Wachstumschancen werden v.a. bei „hidden champions“ (Nischen-Marktführer), erneuerbaren Energien, Qualifikationsmaßnahmen im durchaus noch ausbaufähigen tripartiten Berufsbildungssystem, der heimischen Landwirtschaft, die nach dem EU-Beitritt regelrecht weggebrochen war, sowie bei einer Exportoffensive auch in Drittländer gesehen (Problem: fehlender Zugang zu Exportgarantien und -finanzierungen, hohe Fixkosten und hohes Risiko beim Marktzugang für Klein- und Mittelbetriebe).

## Fazit

- Einige der heutigen Probleme gehen auf mangelnde Anpassungen nach dem EU- und Eurobeitritt zurück.
- Das enge fiskalpolitische Korsett hat negative Folgen für Wirtschaft und Beschäftigung.
- Mehr Flexibilität unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Entwicklung beim Abbau der Verschuldung mit einer adäquaten Balance der Einnahmen- und Ausgabenseite erscheint daher angezeigt.
- Von Europa begleitete Wachstumsinitiativen für Investitionen in Infrastruktur, Bildung, Innovation, Forschung, KMU, Daseinsvorsorge etc. werden als wichtiger Beitrag für eine Rückkehr auf einen nachhaltigen Wachstumspfad erachtet.
- Reformen insbesondere am Arbeitsmarkt erfolgten weitestgehend ohne Einbindung der Sozialpartner.
- Weitergehende, sozialverträgliche und nachhaltige Reformen am Arbeitsmarkt und in den sozialen Sicherungssystemen sind nötig und sollten konsensual erfolgen.
- Eingriffe in die Tarifautonomie sind problematisch.
- Duale Ausbildungsmodelle wie jene Deutschlands oder Österreichs könnten ein möglicher Ansatz für die Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit sein, die durch die Krise speziell in Spanien verschärft wurde, bedarf aber auch ausbildender Betriebe.
- Die Lösung der Probleme in der Kreditversorgung ist dringend notwendig.

## Programm

### BARCELONA

Montag, 15.04.2013

- 11:30 Wirtschaftskammer Barcelona - Cambra de Comerç de Barcelona,  
Herr Joan Ramon Rovira I Homs, Director del Gabinet d'Estudis Economicos
- 13:30 Mittagessen mit dem Honorarkonsul und Steuerberater, Herrn Josep Maria Bové,  
der Rechtsanwältin, Frau Clara Bassols, sowie dem Vertreter der Arbeitnehmervereinigung  
„Comissions Obreres“, Herrn Ricard Bellera Kirchhoff.
- 15:30 Katalanischen Arbeitnehmervereinigung - Comissions obreres de Catalunya:  
Herr Ricardo Bellera Kirchhoff
- 17:00 Katalanische Arbeitgebervereinigung für KMU:  
PIMEC (Petites i Mitjanes Empreses de Catalunya),  
Frau Lourdes Esteban – Directora Formació i Ocupació
- 18:30 Frau Rocio Martinez Sampere  
Abgeordnete zum Parlament, Sozialdemokratischen Partei von Katalonien (PSC)
- 20:00 Austrian Business Circle im Außenwirtschafts-Center Barcelona

### MADRID

Dienstag, 16.4.2013

- 12:00 Spanische Nationalbank - Banco de España  
Herr Mario Izquierdo (Abteilungsleiter Arbeitsmarkt)
- 13:30 Empfang durch Botschafter Dr. Rudolf Lennkh
- 16:00 Arbeitgeberverband - Confederación Española de Organizaciones Empresariales (CEOE) -  
Generalsekretariat / ASAJA (landwirtschaftlicher Berufsverband): Herr Alvaro Schweinfurth  
(Internationale Beziehungen), Herr Jose de la Cavada (Arbeitsbeziehungen),  
Frau Ana Herraes (Arbeitsbeziehungen), Herr Juan Carlos Tejada (Weiterbildung und Bildung)
- 18:00 Gewerkschaft - Unión General de Trabajadores (UGT) -  
Teresa Munoz Rodrigues (Leiterin der Abteilung Weiterbildung)
- 20:30 Networking - Abendessen mit österreichischen Wirtschaftstreibenden in Madrid  
(Rainer Sattlberger (Geschäftsführer Fronius España), Harald Eller (Geschäftsführer  
Plasser española) Meinrad Spenger (Geschäftsführer Masmovil))

MADRID

Mittwoch, 17.4.2013

- 09:00 Wirtschaftsministerium-Staatssekretariat für Handel - Ministerio de Economía y Competitividad-Secretaría de Comercio de Estado: Herr Ignacio Mezquita (Generaldirektor für Wirtschaftspolitik), Herr Javier Sansa (stellv. Generaldirektor für Wirtschaftsentwicklung) Herr José Carlos García de Quevedo (Leiter Invest in Spain), Frau Ana de Vicente Lancho (Kabinett, Staatssekretariat für Handel)
- 11:00 Ministerium für Arbeit und Sozialversicherung & Staatliche Arbeitsagentur - Ministerio de Empleo y Seguridad Social & Servicio Público de Empleo Estatal (SEPE): Herr Miguel Fernández Díez-Picazo (stellv. Generaldirektor für Analyse des Arbeitsmarktes „Arbeitsmarktpolitik in Spanien“), Herr Gregorio González (stellv. Generaldirektor für institutionelle Beziehung): „Das kürzlich eingeführte duale Ausbildungssysteme in Spanien“
- 13:00 Stiftung für die Berufliche Bildung der Beschäftigten Adresse - Fundación Tripartita Herr Alfonso Luego Álvarez-Santullano (Generaldirektor), Herr Michael Spalek (Wirtschaftsdelegierter): Briefing, Herr Ricardo M Guisado (Head of International Relations): „Berufliche Weiterbildung in Spanien“, Herr Thomas Mayr (IBW): „Weiterbildung in Österreich (Finanzierung, Rolle der Institutionen und Sozialpartner, Weiterbildung in KMU, gesetzlicher Rahmen)
- 16:30 Wirtschafts- und Sozialrat - Consejo Económico y Social Herr Marcos Peña (Präsident CES), Herr Julián Ariza (Gr I, CCOO), Herr Dionis Oña (Gr I, UGT), Frau Ana Esperanza Beltrán (Gr II, CEOE-CEPYME), Herr Eduardo Navarro (Gr III, COAG)
- 18:30 Gewerkschaft - Confederación Sindical de Comisiones Obreras (CCOO) und Gewerkschaftsinstitut Fundación 1º de Mayo; Frau Helena Schultz Jimeno (Secretaria de Relaciones Internacionales, Herr Ramon Baeza Sanjuan (Director of European Studies)

LISSABON

Donnerstag, 18.4.2013

- 11:30 Ministerium für Wirtschaft und Beschäftigung - Ministério da Economia do Emprego - Gabinete do Secretário de Estado do Emprego: Herr Dr. Pedro Roque (Staatssekretär für Arbeitsmarktpolitik) Rua da Horta Seca, 15
- 13:15 Mittagessen mit Dr. Albert Jäger (IWF), Dr. Reinhard Naumann (Friedrich Ebert-Stiftung)
- 15:30 Wirtschafts- und Sozialrat - Conselho Económico e Social CES  
CGTP - General Confederation of Portuguese Workers: Herr Armando Farias, Herr Fernando Gomes, Herr Jose Augusto Oliveira, UGT - General Trade Union of Workers: Frau Ana Paula Bernardo, CAP – Portuguese Confederation of Farmers: Frau Cristina Morais, Ana Ferreira, CCP- Confederation of Trade and Services of Portugal: Herr Vasco Alvarez Mello, CIP - Business Confederation of Portugal: Gregorio da Rocha Novo, CTP – Confederation of Tourism: Adilia Lisboa, CIP (Unternehmensverband): Gregorio da Rocha Novo
- 17:30 Portugiesischer Industrieverband – Associação Industrial Portuguesa (AIP): Herr Vize-Präsident Dr. Jorge Pais
- 19:00 Abendempfang auf Einladung des österreichischen Botschafters Dr. Bernhard Wrabetz

LISSABON

Freitag, 19.4.2013

- 10:00 Staatliches Institut zur Förderung von KMU und Innovation – Instituto de Apoio às Pequenas e Médias Empresas e à Inovação (IAPMEI): Herr Miguel Cruz (Member – Board of Directors), Frau Helena Duarte
- 11:30 Staatliches Arbeitsmarktservice - Instituto do Emprego e Formação Profissional (IEFP) Präsident Dr. Octávio de Oliveira

## Delegationsmitglieder

Silvia ANGELO (AK Wien)

Georg FEIGL (AK Wien)

Martin GLEITSMANN (WKÖ)

Bernhard KEILER (LKÖ)

Ralf KRONBERGER (WKÖ)

Thomas MAYR (IBW)

Angela PFISTER (ÖGB)

Johannes POINTNER (AK Oberösterreich)

Günther ROHRER (LKÖ)

Christoph SCHNEIDER (WKÖ)

Josef WALLNER (AK Wien)

Thomas ZOTTER (AK Wien)

## Bericht von den Treffen in Spanien

### Cambra de Comerç de Barcelona

Barcelona, 15.4.2013, 11:30

(Wirtschaftskammer Barcelona [www.cambrabcn.org](http://www.cambrabcn.org))

#### **Joan Ramon Rovira I Homs, Director del Gabinet d'Estudis Economicos**

Präsentiert wurde die Wirtschaftsentwicklung Spaniens seit 1999. Spanien hat sich volkswirtschaftlich im europäischen Vergleich am stärksten positiv entwickelt. Jedoch ist seit der Blase 2008 ein Rückgang zu verzeichnen. Der Aufschwung 1999 - 2008 wurde hauptsächlich von der demographischen Entwicklung (ein Immigrations-Boom) und den Infrastrukturinvestitionen getrieben.

- Die Bevölkerung stieg von 40 auf 46 Millionen zwischen 1999 und 2008 an. Die Zunahme beruhte fast komplett auf Zuwanderung.
- Die Einwanderer waren unternehmerischer als die spanische Bevölkerung, die Qualifikationsniveaus waren ähnlich.
- Die (relativ gut gebildeten) Einwanderer waren auch bereit geringer qualifizierte Beschäftigung auszuführen. Damit wurde in jenen Sektoren mit traditionell geringer qualifizierten Beschäftigten die Produktivität überdurchschnittlich angehoben.
- Viele der Einwanderer kamen aus Regionen mit gemeinsamen historischen, sprachlichen und kulturellen Bezügen (Lateinamerika und Nordafrika).
- Das überdurchschnittliche Wachstum Spaniens war investitionsgetrieben.
- Haupttreiber waren Investitionen in die Infrastruktur (Spanien hat zB nach China das zweitgrößte Hochgeschwindigkeits-Eisenbahn-Netz) und in den Bausektor (Letzterer zu einem hohen Teil kreditfinanziert. Diese Kredite wurden wiederum zu einem hohen Ausmaß durch Kapitalzufluss über die internationalen Kapitalmärkte gespeist, de facto auch als Resultat der hohen Sparquoten zB in Deutschland und Österreich. Nettokapitalimport Spanien 1999 -2012 € 614,1 Mrd; Nettokapitalimport Portugal 1999 - 2012 € 163,9 Mrd; Nettokapitalexport Deutschland 1999 - 2012 € 328,2 Mrd; Nettokapitalexport Österreich 1999 - 2012 € 70,2 Mrd).
- Laut Herrn Rovira hat keine andere europäische Volkswirtschaft einen ähnlich hohen Zufluss von Kapital und Arbeitskräften verzeichnet.

Probleme bzw. Potentiale:

- Die Infrastruktur wurde viel zu überdimensional errichtet. Aktuell bedeutet das Unterauslastung, aber zugleich große Potenziale für die Zukunft.
- Falls es zum Aufschwung kommt, ist Spanien mit guter Qualifikation im obersten Segment und guter Infrastruktur vorbereitet.
- Bis 2008 gab es eine starke Zunahme der Beschäftigung und ab 2008 eine starke Steigerung der Arbeitslosen, weil im Wirtschaftsabschwung seit 2008 ein Großteil der Immigranten in Spanien geblieben sind.

- In Spanien ist man mit einer legalen Aufenthaltserlaubnis gebürtigen SpanierInnen auch bezüglich finanzieller und nicht finanzieller Leistungen aus dem sozialen Sicherheitsnetz gleichgestellt. Aus dem Grund bleiben auch die Immigranten ohne spanischer Staatsbürgerschaft im Land, was eine wesentliche Belastung der öffentlichen Finanzen bedeutet.
- Die Regelungen der spanischen Sozialpolitik und des Wohlfahrtsstaates war vollkommen auf die Boom- und Blasenjahre ausgerichtet und damit außerhalb der Hochkonjunkturphasen kaum finanzierbar.
- Spanien ist seit der Krise stärker Export orientiert, was endlich wieder die Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität anpeitscht, da dies in den Boom-Jahren deutlich zurückfiel. Heute ist die Stundenproduktivität in großen Unternehmen wesentlich höher als zB in Deutschland, allerdings machen diese Firmen nur einen sehr geringen Anteil der Wirtschaft Spaniens aus. In den KMU liegt sie weit unter dem europäischen Durchschnitt.
- Spanien ist eine sehr heterogene Ökonomie. Katalonien hat eher mehr Ähnlichkeit mit Österreich als mit Andalusien. Man kann Spanien wahrscheinlich aufteilen auf Katalonien, Madrid und das Baskenland einerseits sowie den Rest Spaniens andererseits. Die Sektoren geringer Produktivität sind am stärksten unter Druck geraten.
- Arbeitsrecht und die Rahmenbedingungen für den Arbeitsmarkt sind weiterhin extrem rigide, mit vielen Regelungen noch aus den Franco-Jahren. Während für zwei Drittel der Beschäftigten rigide veraltete Regelungen gelten, ist ein Drittel der Beschäftigten hyperflexibel.
- In der Vergangenheit waren Kollektivvertragsabschlüsse bis zum nächsten Abschluss gültig, daher gab es in wirtschaftlich schlechteren Zeiten oftmals keine Abschlüsse, um die höheren Anpassungen aus wirtschaftlich besseren Zeiten einfach fortzusetzen.
- Wichtige politische Reformen wurden in der langen Aufschwungsphase immer in die Zukunft verschoben. Keine Politiker wollten die politischen Kosten tragen.
- Die große politische Unsicherheit gegenüber dem Timing von neuen Reformen treibt Unternehmen dazu, den Cash Flow und die Gewinne zur Schuldenreduktion zu verwenden. Damit werden zu wenig Investitionen getätigt.
- Es gibt eine duale Preislandschaft: Während die Preise industrieller Produkte auf Grund des intensiven internationalen Wettbewerbs fallen, steigen die Verbraucherpreise besonders in Dienstleistungsbereichen mit wenig Wettbewerb (zB Energieversorgung).
- Die langfristigen Vorteile des Euro übertreffen bei weitem die möglichen kurzfristigen Vorteile einer Abwertung einer eigenständigen Währung. Die Privatverschuldung beträgt in Spanien rund 203% des BIP, in Österreich rund 150% des BIP, in Deutschland rund 110% des BIP.
- Als wichtigstes zu lösendes Problem sieht Herr Rovira das Deleveraging der Finanzinstitutionen an, insbesondere die Reduzierung der privaten Verschuldung.

Folgende Kennzahlen aus dem Vortrag von Herrn Rovira untermauern das "unsustainable growth" vor der Krise und die daraus resultierende notwendige Anpassung zwischen 2008 und 2012:

	1999	2008	2012
BIP	100	134,0	127,3
Bevölkerung	40 Mio	46 Mio	46 Mio
BIP pro Kopf	100	118,2	110,2
Beschäftigung	100	132,4	113,3
Beschäftigungsquote	39%	46,1%	38,5%
Arbeitsproduktivität	100	99,7 (2007)	111,9
Arbeitsproduktivität (BRD = 100)	87	79 (2007)	89
Nom. Lohnstückkosten (BRD = 100)	100	130,8	114,2

\*

### CCOO (Comissions Obreres de Catalunya)

**Ricardo Bellera i Kirchhoff (Leiter der International-Abteilung)**

Barcelona, 15.4.2013, 15:30

Zur Organisation: Die Gewerkschaft CCOO ist ein Zusammenschluss sowohl regionaler Gewerkschaften (aus den autonomen Regionen Katalonien und dem Baskenland, aber auch anderen) als auch von branchen- und zielgruppenorientierten Gewerkschaften. Die CCOO tritt heute mit über einer Million Mitgliedern vor der UGT und der USO als parteiunabhängige und stärkste Gewerkschaft auf. In Katalonien hat die CCOO über 170.000 Mitglieder und repräsentiert mit über 24.000 Betriebsräten 43% der Arbeitnehmer.

Im System der Tarifverträge koexistieren auf Branchenebene wie auf Betriebsebene verhandelte Tarifverträge. 75% der ArbeitnehmerInnen sind von Tarifverträgen erfasst, allerdings werden viele Branchentarifverträge derzeit unter Druck gesetzt, denn mit 7. Juli enden 60% der Tarifverträge in der Industrie. Tendenziell wird versucht, Tarifverträge auf Firmenebene zu verlagern, aber 87% der Unternehmen haben weniger als 10 Personen, der gewerkschaftliche Organisationsgrad beträgt dort weniger als 20%. Nur 2% der Unternehmen haben mehr als 50 Mitarbeiter.

60% der Beschäftigten verdienen unter € 1.000 monatlich brutto, der Mindestlohn beträgt € 653. Der Durchschnittsverdienst beträgt insgesamt € 24.000 p.a., es gibt also eine enorme Spreizung in Spanien. Der Faktor des Einkommens des obersten Quintils im Vergleich zum untersten Quintil (S20/S80-Faktor) betrug 2007 den Wert von 5,7 und ist bis 2012 auf 7,5 gestiegen. In Spanien gibt es 1,4 Millionen Haushalte, in denen kein Haushaltsmitglied eine Beschäftigung hat.

Weder die Arbeitsmarktreformen noch die Lohnzurückhaltung führen zu ansteigenden Investitionen, da eine Niedriglohn-Strategie keine zusätzlichen Investitionen auslöse. Ein wesentliches Problem Spaniens ist die unpassende Qualifikationsstruktur mit einem Überangebot an Personen höchster sowie ohne Qualifikationen und ein Unterangebot mittlerer Qualifikationen. Spanien braucht Beschäftigung und Optimismus, insbesondere Beschäftigung für die Jugend. Zuvor hat Herr Kirchhoff in der allgemeinen Diskussion beim gemeinsamen Mittagessen die Bedeutung der Europäischen Makropolitik insbesondere auch für die Situation in Spanien betont.

\*

### **PIMEC (Lourdes Esteban – Directora Formació i Ocupació)**

Barcelona, 15.4.2013, 17:00

#### **Frau Lourdes Esteban**

Zum Einstieg lieferte Frau Esteban einen Überblick über die katalanische Ökonomie und ihrer Entwicklung, wobei sie das starke Bevölkerungswachstum im Jahrzehnt vor der Krise sowie die regionale Konzentration auf den Großraum Barcelona (etwa 60% des BRP) als wichtige Aspekte hervorhob. Bezüglich der katalanischen Unternehmen gab sie den Anteil der KMU an den rund 524.000 Betrieben mit 99,8% an, von denen 75.000 in der PIMEC organisiert sind. Auf europäischer Ebene ist PIMEC selbst in der UEAPME organisiert.

Die sozialpartnerschaftlichen Kontakte zur Gewerkschaft beschrieb Frau Esteban gerade in ihrem Bereich (Aus- und Weiterbildung) als grundsätzlich gut, auch wenn die Orientierung der Gewerkschaften an größeren Betrieben mitunter den Dialog erschwert. Belastet wurde die Sozialpartnerschaft durch den staatlichen Eingriff in das Kollektivvertragssystem, der das bisher pyramidale System auf den Kopf stellt, um den Bedürfnissen der Unternehmen entgegenzukommen. Auch wenn sie diese Flexibilisierung für wichtig hält, betonte sie gleichzeitig, dass mit diesen Maßnahmen die Krise nicht gelöst werden kann. Es wäre aber noch zu früh um zu beurteilen, ob die Reformen erfolgreich waren. Die Reformen seien zu spät gekommen und könnten für sich alleine die Krise nicht stoppen.

In der Diskussion argumentierte sie, dass dieses Regierungsvorgehen den sozialen Dialog zwar verschlechterte, es aber gleichzeitig notwendig war und es auch keine Alternative gab, unter anderem weil „Brussels is telling Madrid what to do“. Jetzt müsste erstens der Arbeitsmarkt gefördert und zweitens Kündigungen verhindert werden. Letzteres sei über eine Reduktion der Lohnkosten herzustellen, etwa durch Arbeitszeitreduktion und Lohnabschlüsse auf Betriebsebene.

\*

### **Rocio Martinez Sampere (PSC)**

#### **(Parlamentsabgeordnete Katalonien PSC – Sozialdemokratischen Partei von Katalonien)**

Barcelona, 15.4.2013, 18:45

Eingangs stellt Frau Sampere fest, dass das größte Problem in Spanien nicht das Budgetdefizit, sondern die Arbeitslosigkeit ist („In Spanien ist das wirkliche Defizit jenes der Beschäftigung bzw. der mangelnden Pläne, es zu beseitigen.“); scharf kritisierte sie die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen (Aufweichung des Kündigungsschutzes, Eingriffe in Tarifvertragsgestaltung der Sozialpartner) von Regierungschef Rajoy. Denn es sind weniger strukturelle Rigiditäten am Arbeitsmarkt der Grund für die hohe Arbeitslosigkeit, als einfach die aktuelle ökonomische Krise. Kritik übt sie an beiden Seiten der Sozialpartnerschaft; die Arbeitgeber seien von der Aufweichung des Kündigungsschutzes „besessen“, die Gewerkschaften dominiert vom „Insider-Problem“. Die Probleme am Arbeitsmarkt liegen derzeit in der hohen Jugendarbeitslosigkeit und der Segregation des Arbeitsmarktes (befristet/unbefristet).

Zur Unabhängigkeitsdebatte bezog sie keine eindeutige Position (maximal stellt die völlige Unabhängigkeit für sie eine langfristige Option dar), stellte aber klare Forderungen in Richtung mehr Budgetautonomie: „More transparency, more responsibility and more mechanism of solidarity“. Derzeit werden die Einkommenssteuern zu 50% zwischen Zentralstaat und autonomen Regionen geteilt. Hebt der Zentralstaat seinen Teil der Einkommenssteuer, so beschränkt dies die Handlungsmasse für die autonomen Regionen. Das Finanzausgleichssystem führe zudem zu arbiträren Ergebnissen. So können unabhängig vom Wohlstand einer Region die Resultate nach dem Finanzausgleich über, unter oder auf gleichem Niveau wie vor dem Finanzausgleich liegen. Reformen müssen zu stärker ausgleichenden und berechenbaren Ergebnissen führen.

Für die Zukunft Spaniens fordert sie eine „Reformkoalition“, am besten eine Zusammenarbeit zwischen SozialdemokratInnen und Konservativen (allerdings mit anderen handelnden Akteuren). Problem der aktuellen politischen Lage: Beide zusammen würden derzeit aber nicht über 50% der Stimmen verfügen.

\*

## **Banco de España**

### **Mario Izquierdo, Abteilungsleiter Studienabteilung „Arbeitsmarkt“**

Madrid, 16.4.2013, 12:00

Der EU-Beitritt Spaniens hat ohne Zweifel insgesamt positive Effekte für das Land gebracht. Notwendige Hausaufgaben wurden aber nicht rechtzeitig abgearbeitet.

Herr Izquierdo sieht den Arbeitsmarkt mit schwerwiegenden strukturellen Problemen. Auch für 2014 wird die Arbeitslosigkeit - wenn überhaupt - bestenfalls graduell zurückgehen. Die Arbeitslosigkeit reagiert in Spanien besonders elastisch auf die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. So wurde die Beschäftigung über Entlassungen im Zuge der Krise sehr schnell reduziert. Die Arbeitszeit je Beschäftigten hat sich nicht verändert. Die Arbeitsmarktprobleme haben die negativen Krisenfolgen in Spanien verstärkt, auch wenn die Arbeitsmärkte nicht als Krisenursache gewertet werden können. Die Arbeitsmarktreformen verfolgen das Ziel der Lohnflexibilität und der Verringerung der großen Unterschiede zwischen Normalangestellten und befristeten ArbeitnehmerInnen.

Gravierende Probleme kommen aus dem Finanzsektor. Die zuerst stark steigenden Haus- und Wohnungspreise führten zu einer Blase, deren Platzen schwer auf den Bilanzen der Sparkassen lastet. Insgesamt hat die Krise einen großen Verlust an Wettbewerbsfähigkeit mit sich gebracht.

Mit den Reformen ist der Arbeitsmarkt flexibler geworden, Herr Izquierdo sieht weitere Maßnahmen in naher Zukunft als notwendig an, insgesamt hätten die Reformen bereits in den 1990er Jahren durchgeführt werden sollen. Von der Zentralbank werden die Maßnahmen der Arbeitsmarktreform (steigende Lohnflexibilität über Flexibilisierung und Dezentralisierung der Lohnverhandlungen und verringerter Kündigungsschutz) positiv bewertet. Zum ersten Mal sind nun auch die über unbefristete Verträge geschützten Arbeitnehmer potenziell von Entlassung betroffen. Kündigen wurde billiger (von 45 auf 33 Tage Abfertigungszahlung pro Beschäftigungsjahr). Die ausverhandelte Sozialpartnereinbarung hätte die Arbeitsmarktstrukturen eingefroren, aber Lohnzurückhaltung versprochen. Dies war aus der Sicht der Regierung unzureichend für nachhaltige Wirtschaftsentwicklung.

Ein Kernpunkt ist auch, dass das öffentliche Arbeitsmarktservice seine Rolle aktiv wahrnehmen muss, insbesondere die Beschäftigungsfähigkeit der Arbeitslosen, um das Matching von Angebot und Nachfrage zu verbessern. Incentives, auf betrieblicher Ebene in die Ausbildung zu investieren, sind wegen des großen Sektors uneingeschränkter Arbeitsmarktflexibilität (1/3 des Arbeitsmarkts) sehr verzerrt. Die Arbeitsmarktpolitik wird zentral vom Ministerium definiert, die Umsetzung erfolgt aber dezentralisiert auf regionaler Ebene.

\*

### **Empfang durch Botschafter Dr. Rudolf Lennkh**

Madrid, 16.4.2013, 13:30

Botschafter Lennkh gibt einen kurzen Problemabriss Spaniens auf wirtschafts-, sozial und auch gesellschaftspolitischer Ebene. In der politischen Diskussion sind derzeit in Spanien die „3K – Katalonien, Korruption und Krone“ allgegenwärtig, wobei insbesondere auch die Korruptionsfälle rund um das spanische Königshaus intensiv diskutiert werden.

Botschafter Lennkh betont die sozialen Probleme, insbesondere jener Familien, die vollständig von Erwerbstätigkeit ausgeschlossen sind. Der EuGH hat das spanische Verfahren zur Zwangsräumung von Wohnungen für unrechtmäßig erklärt. Aber bislang hat nur eine Regierung (Andalusien) Räumungen für Härtefälle gestoppt.

In Bezug auf die Probleme am spanischen Arbeitsmarkt besteht ehrliches Interesse an der Organisation des österreichischen Arbeitsmarktes als „Best Practice“-Modell.

Auf europäischer Ebene hat Ministerpräsident Rajoy keine Unterstützung für eine langsamere Geschwindigkeit der Konsolidierung gefunden, die Koalition mit Präsident Hollande ist diesbezüglich ohne Ergebnis geblieben. In Spanien empfindet man durchaus, dass wirtschaftspolitisch die Hände durch die EU gebunden sind.

Die Demonstrationen gegen die Austeritätspolitik verlaufen durchaus friedlich und gehen weit über die von den Arbeitsmarkt-Problemen betroffenen Bevölkerungsgruppen hinaus. Auch Personen mit gesicherter Existenz erklären sich mit den Protestierenden solidarisch.

\*

## CEOE – Confederación Española de Organizaciones Empresariales

Madrid, 16.4.2013, 16:00

Kurz zur Organisation: Die CEOE vertritt rund 2 Mio Unternehmen und Selbständige, die über ein System von rund 2.000 „Basis Organisationen“ bzw. 220 Sektor- und regionalen Organisationen Mitglieder der CEOE sind. Gegründet wurde sie 1977, sie umfasst private genauso wie öffentliche Unternehmen.

Bei diesem Termin wurde bereits intensiv über die berufliche Weiterbildung diskutiert. Die CEOE berichtete uns über die Erfolge hinsichtlich des Sozialpartnerübereinkommens und der Finanzierung der Weiterbildung. Über Beiträge der ArbeitgeberInnen (0,6%), der ArbeitnehmerInnen (0,1%) und der Regierung wird ein Fonds finanziert, der von den Sozialpartnern und der Regierung gemeinsam verwaltet wird (siehe im Detail Berichte zum Besuch der Fundación Tripartita para la Formación en el Empleo). Die Regierung hat ein individuelles Recht auf Weiterbildung gesetzlich festgelegt. Gleichzeitig aufgrund des Sparprogramms aber die Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik gekürzt.

Problematisch an der beruflichen Weiterbildung wird gesehen, dass aufgrund der Unternehmensstruktur viele Beschäftigte in den kleinen Betrieben nicht erreicht werden bzw. dass es Konflikte zwischen Zentralregierung und Regionalverwaltung (die über das System der Arbeitsmarktservicestellen in die berufliche Weiterbildung eingebunden sind) gibt.

Kurz wurde noch auf die Problematik der gesetzlichen Maßnahmen im Arbeitsmarktbereich der Regierung Rajoy eingegangen, die kurz nach einer Einigung der Sozialpartner eine viel weiter gehende Flexibilisierung vorsieht und als „Einmischung der Regierung in Angelegenheiten der Sozialpartner“ kritisiert wird, was die Sozialpartnerschaft schwer belastet habe. Gleichzeitig sind die Initiativen den Arbeitgebern sehr entgegengekommen und wurden von diesen auch ausdrücklich begrüßt.

Zu fordern ist aus Sicht der CEOE noch eine weitere Reform der Einstellungsbedingungen und der Integration von Jugendlichen in den Arbeitsmarkt. Flexibilität bei der Arbeitszeit und beim Gehalt wird als wichtiger angesehen als Eingliederungsbeihilfen. Die vorhandene und neu gewonnene Flexibilität hat jedenfalls einen noch größeren Arbeitsplatzabbau verhindert. Aber: Gesetze erzeugen noch keine Beschäftigung.

Die Kreditfinanzierung und die Zahlungssäumigkeit der öffentlichen Verwaltung sind besonders große Probleme für die Betriebe.

Aufgrund einer Sozialpartnereinigung ist es auch zu einer Rationalisierung von Feiertagen durch die Verlegung von Donnerstagen auf Freitage auf Ebene der autonomen Regionen gekommen.

\*

## **UGT – Unión General de Trabajadores**

**Teresa Munoz Rodrigues, Leiterin der Abteilung Weiterbildung**

Madrid, 16.4.2013, 18:00

Seit 1992 werden Abkommen zur Aus- und Weiterbildung für Beschäftigte zwischen den Sozialpartnern verhandelt. 1996 wurden diese Abkommen um die öffentlich Beschäftigten erweitert. Derzeit steht die Erneuerung des 5. Abkommens in Verhandlung. Das Gesamtvolumen betrug 2012 € 2,15 Mrd, finanziert aus 0,6% AG- und 0,1% AN-Beiträgen.

2013 wurden diese Mittel um 16% gekürzt, vor allem aufgrund sinkender Beiträge wegen gestiegener Arbeitslosigkeit. Der soziale Dialog ist unter der aktuellen Regierung zusammengebrochen, trotz Verständigung auf Ebene der Sozialpartner. In Spanien haben 13 Millionen ArbeitnehmerInnen (= 56%) keine Ausbildung bzw. kein Befähigungszeugnis. Ein großer Anteil der SchulabbrecherInnen, die bisher im Tourismus oder im Bausektor untergekommen sind, sind jetzt arbeitslos, andererseits gibt es 40% hochqualifizierte Jugendliche, die aber auch wenig Chance auf Arbeit haben und daher potenzielle AuswandererInnen sind. Migration wird differenziert gesehen, einerseits „brain drain“, andererseits als Entwicklungschance für die Jugendlichen.

Die Bildungsaktivitäten betreffen insbesondere zwei Gruppen, die Jugendlichen (Einstellungsbeihilfen, Praktika) und ältere ArbeitnehmerInnen über 45 Jahre (spezifische Maßnahmen für Wiedereingliederung; Zielgruppe mit geringer Qualifikation). So lange man sozialversichert ist, besteht ein universeller Anspruch auf Weiterbildung.

\*

## **Ministerio de Economía y Competitividad-Secretaría de Comercio de Estado – Wirtschaftsministerium - Staatssekretariat für Handel**

Madrid, 17.4.2013, 09:00

Spanien erlebte 2008/2012 eine double dip Rezession.

Der Tiefpunkt war bereits im 4. Quartal 2012 erreicht, danach wird eine Stabilisierung im 3. Quartal 2013 erwartet sowie Wachstum im 4. Quartal 2013 und für ganz 2014.

Ab den 1970er Jahren gab es mehr Konfrontation in der Sozialpartnerschaft.

Die spanischen Kollektivvertragsverhandlungsmodelle (Lohnsteigerungen nur auf Basis der Verbraucherpreisveränderungen zu orientieren) waren nicht mit dem Euro kompatibel.

Erste positive Auswirkungen der neuen Wirtschaftspolitik sind bereits erkennbar:

Die makroökonomischen Ungleichgewichte nehmen ab und die Handels- bzw. Leistungsbilanzen sind seit Mitte 2012 ins Positive gedreht.

Auch die Unternehmen werden wieder wettbewerbsfähiger.

Ein wesentliches Problem existiert: Kreditfinanzierung, insbesondere für KMU, ist fast nicht vorhanden (das Ministerium hat bereits € 45 Mrd zur Verbesserung der Liquidität und Kreditangebot für hauptsächlich spanische KMU, und davon € 22 Mrd als Risikokapital von einer Bank im Staatsbesitz zugesagt).

Die Basis für Wachstum und Vertrauen sind verlässliche Politik und Zivilgesellschaft, insbesondere Unternehmen und Unternehmertum.

Die Schwerpunkte der Reformen sind:

1. Anpassungen im öffentlichen Bereich, um die Staatsschuld zu reduzieren.
2. Reform des Finanzmarktes, um Vertrauen für internationale Investoren wieder herzustellen.

Nach den Arbeitsmarktreformen geht das Wirtschaftsministerium davon aus, dass weniger Wachstum des BIP notwendig ist, um die Beschäftigung zu steigern. Die Frage, ob die Arbeitsmarktreformen hinsichtlich des Dualitätsproblems (kaum neue unbefristete Verträge) fruchtbar waren, könne nach einem Jahr noch nicht beantwortet werden.

Auch das Unternehmertum wird durch Gründungsprogramme und Liberalisierung (besonders im Handel und bei den freien Berufen) stark angekurbelt.

Die spanische Politik sieht die Krise als Möglichkeit, gewisse Bereiche einem „re-design“ zu unterziehen. Die Politik ist auf der Suche nach neuen Wachstumstreibern und erwartet sich Unterstützung von der EU.

Ein Problem der Krise ist die Fortsetzung der schon bestehenden Ungleichheit im spanischen gespaltenen Arbeitsmarkt. Die Familie muss wieder zunehmend als Puffer und soziales Netz fungieren. Der Sozialstaat wurde in den vergangenen 20 Jahren zu rasch und zu großzügig ausgebaut.

Das spanische Volk ist mehrheitlich sehr realistisch, wenn es zur Wahrnehmung der Probleme kommt und sehr pragmatisch im Umgang mit den Problemen. Sie erkennen, dass sie über ihren Möglichkeiten gelebt haben und dass die Zeit der Rückzahlung gekommen ist. Die Verteilung der Kosten sollte aber fair sein.

\*

### **Ministerium für Arbeit und Sozialversicherung sowie Arbeitsagentur (SEPE)**

Madrid, 17.4.2013, 11:00

- Die Jugendarbeitslosigkeit ist in Spanien traditionell hoch; selbst während der Boom-Phase gab es einen dualen Arbeitsmarkt, der Jugendliche stärker und negativer betroffen hat als Erwachsene. Durch die Wirtschaftskrise hat sich dieses Problem massiv verschärft.
- Besonders Anlass zur Sorge geben auch die hohen drop-out-Raten auf der Sekundarebene 2 des Bildungssystems. Mehr als 26% eines Altersjahrganges sind sogenannte „early-school leavers“ (Anmerkung TM: der Wert für Österreich liegt bei unter 8%).

- Anders als Hochschulbildung stand Berufsbildung nie sonderlich im Fokus der spanischen Politik. Dies soll künftig anders werden. Insbesondere Deutschland und Österreich und hier ganz besonders die duale Berufsbildung (Lehrlingsausbildung) werden explizit als Vorbild gesehen.
- Kürzlich wurde ein eigenes Gesetz verabschiedet, mit dem Ziel, Lehrlingsausbildung einzuführen. Dazu wurde insbesondere ein neuer Typus von Arbeitsvertrag geschaffen. Neben verschiedenen Bildungsträgern sollen insbesondere auch KMU gewonnen werden, junge Leute auszubilden.
- Hinsichtlich der Finanzierung von Berufsbildung wird unterschieden zwischen beruflicher Erstausbildung im Rahmen des Bildungssystems und der Berufsbildung für Beschäftigung. Das allgemeine Bildungssystem ist steuerfinanziert, die Mittel für „Berufsbildung und berufliche Weiterbildung für Beschäftigung“ wird durch Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer aufgebracht.
- Großes Strukturproblem: Festangestellte - Befristete
- Nun erstmals Pflicht zur aktiven Arbeitsplatzsuche für Arbeitslosengeldbezieher eingeführt.

\*

#### Fundación Tripartita / Stiftung für berufliche Bildung der Beschäftigten

Madrid, 17.4.2013, 13:00

- Die Fundación tripartita verwaltet die für das Subsystem „Berufsbildung und berufliche Weiterbildung für Beschäftigung“ zur Verfügung stehenden Mittel, die mittels Sozialversicherungsbeiträge durch Arbeitnehmer (0,1% des Lohnes) und Arbeitgeber (0,6% der Lohnsumme) aufgebracht werden. Diese Sozialversicherungsbeiträge machen 87% des Gesamtbudgets aus, die restlichen 13% kommen aus steuerfinanzierten Quellen sowie vom ESF.
- Hinsichtlich der Mittelverwendung wird zwischen „demand side trainings“ und „supply side trainings“ unterschieden. „Demand side trainings“ sind firmeninduzierte Weiterbildungen sowie Bildungsfreistellungen für spezifische Weiterbildungsbedarfe seitens der Unternehmen und der Arbeitnehmer. Unter „supply side trainings“ werden modular aufgebaute Bildungsprogramme verstanden, die sich an Beschäftigte und arbeitslose Personen richten und die zu einem Zertifikat führen. Rund 45% der zur Verfügung stehenden Mittel wird für die Weiterbildung Arbeitsloser verwendet, 53% für die Weiterbildung Beschäftigter, wobei für „demand side training“ deutlich mehr Mittel reserviert sind wie für „supply side training“.
- „Supply side training“ wird durch Subventionen an Bildungsträger unterstützt („Objektfinanzierung“), während für „demand side training“ Boni an Firmen ausgeschüttet werden. Voraussetzung für einen solchen Bonus ist allerdings, dass die Weiterbildung in einen „training plan“ fällt, der auf regionaler oder sektoraler Ebene zwischen den Sozialpartnern akkordiert wurde. Kleine Firmen (bis 9 Mitarbeiter) können so 100% des zuvor gezahlten Beitrages zurück erhalten, für größere Firmen ist es gestaffelt weniger. Um den Bonus zu erhalten, muss das Unternehmen ein Ansuchen stellen, das seitens der Arbeitnehmervertreter freigegeben wird. Erfolgt diese „Genehmigung“ nicht, folgt ein Mediationsverfahren.

- Das System wird von den spanischen Sozialpartnern beider Seiten für prinzipiell gut befunden. Tatsächlich scheint es sich auch in den Ergebnissen hinsichtlich Weiterbildungsbeteiligung positiv niederzuschlagen. Der Anteil bildungsaktiver Unternehmen ist in den letzten Jahren stark gestiegen.
- Im Anschluss an die Präsentation des spanischen Modells folgte eine Präsentation der Weiterbildung in Österreich. Dazu wurde auch eine schriftliche Unterlage zur Verfügung gestellt. Die österreichische Situation unterscheidet sich fundamental von der spanischen: Zum einen kann die österreichische Weiterbildung aufgrund der ausgebauten und differenzierten Berufsbildung im Erstausbildungssystem viel stärker auf update-Trainings auf Basis bereits erfolgter beruflicher Qualifizierung ausgerichtet sein und zum anderen ist die Regulierungsdichte in Österreich ungleich geringer. Eine „Fondslösung“ gibt es lediglich für Qualifizierungen im Rahmen der AMS-Qualifizierungen; der Großteil der unternehmensinduzierten Weiterbildung erfolgt im Rahmen von individuellen Vereinbarungen zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber im Rahmen einer marktorientierten Anbieterstruktur.
- Das spanische Interesse an der österreichischen Vorgangsweise war hoch. Mit Verweis auf aktuelle Eurostat-Daten (CVTS4) wurde von spanischer Seite als interessantes Fazit eingebracht, dass das auf Markt und Freiwilligkeit basierende österreichische System des „demand side training“ (also aller nicht-AMS induzierter Weiterbildungsmaßnahmen durch Unternehmen) letztendlich zum gleichen Ergebnis kommt wie im spanischen Modell: Im Durchschnitt und über alle Arbeitnehmer beträgt die während bezahlter Arbeitszeit stattfindende Weiterbildung in beiden Ländern 10h/Jahr.

\*

#### **CES – Spanischer Wirtschafts- und Sozialausschuss**

Madrid, 17.4.2013, 16:30 - 18:00

**Marcos Peña, Präsident CES**

**Julián Ariza (Gr I, CCOO)**

**Dionis Oña (Gr I, UGT)**

**Ana Esperanza Beltrán (Gr II, CEOE-CEPYME)**

**Eduardo Navarro (Gr III, COAG)**

Peña:

Die Situation am Arbeitsmarkt ist besonders schlecht, der CES ist überzeugt, dass eine Wachstumsinitiative auf europäischer Ebene Voraussetzung dafür ist, das Defizit zu reduzieren. Die Überzeugung wächst, dass alle Instrumente der Kooperation und institutionellen Verstärkung genutzt werden müssen. Es gibt breites Einverständnis, dass der Weg aus der Krise gemeinsam und aktiv beschritten werden muss. Wir werden nicht aufwachen, und die Krise ist vorbei. Die Kohäsion in der Gesellschaft muss verstärkt werden. Die Krise ist nur durch mehr, nicht weniger Europa zu lösen, vielerorts wächst aber der Nationalismus.

Ein Beispiel für die stärkere Rolle und Verantwortung sei der Pakt von Toledo zur Anhebung des tatsächlichen Pensionsalters (derzeit 58) und des gesetzlichen Pensionsantrittsalters (von 65 auf 67) sowie die Erweiterung der Pensionsbemessungsgrundlage von 15 auf 25 Jahre unter der Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsfaktoren. Dieser Pakt wurde von der Regierung mit den Sozialpartnern ausverhandelt. Die Zukunft des Rentensystems hänge aber primär von den Erwerbsquoten insbesondere der Frauen ab.

Die Einseitigkeit der Eingriffe im Arbeitsmarkt hat zu großer Verstimmung und auch einer Belastung der Sozialpartnerschaft geführt. Bezüglich der geänderten Gesetzeslage, nach der mehr tarifvertragliche Fragen auf betrieblicher Ebene zu lösen sind, ist festzuhalten, dass es etwa 4.200 Betriebe mit mehr als 250 Beschäftigten gibt, wo die im Tarifvertrag betriebliche Realität abgebildet werden kann, in KMU sei dies sehr schwierig.

#### Oña:

Die Arbeitslosigkeit beträgt 27%, die Jugendarbeitslosigkeit 56%, obwohl wir die am besten ausgebildete Generation in der Geschichte Spaniens haben. Viele hoch Qualifizierte wandern daher ab. Mit dieser Entwicklung entfernt sich Spanien immer weiter vom europäischen Projekt und das Sozial-, Gesundheits- und Rentensystem sind gefährdet. Letzteres wiegt umso schwerer, als in vielen Familien Rentner die Familie erhalten müssen, weil es in Spanien 1,4 Millionen Haushalte ohne Erwerbseinkommen gibt.

Die Regierung geht aufgrund der absoluten Mehrheit dem Dialog mit den Sozialpartnern aus dem Weg. Je mehr Rückhalt sie aber verliert, desto stärker wird auch für sie der Druck, sich wieder mit den Sozialpartnern an den Tisch zu setzen. Erste Anzeichen sind der Pakt von Toledo (Pensionen) und die Jugendbeschäftigungsstrategie.

Den Gewerkschaften liegt viel am sozialen Frieden in den Betrieben. Sie wollen keine Arbeitsstunden verloren sehen, sondern produktive Fortschritte.

#### Esperanza:

Die Einschätzungen werden zum größten Teil geteilt. Die negativen Wachstumsraten sind vor allem der Kreditklemme zuzuschreiben. Ein nachhaltiger Konsolidierungspfad ist nur über Wachstum zu erreichen, nur Wachstum kann Steuern bringen. Bezüglich der Governance der EU liegt ein Konsenspapier des spanischen CES vor. Wachstumshoffnungen liegen vor allem in der Internationalisierung spanischer Unternehmen.

Unternehmensverbände haben sich nie als Lobby gesehen, sondern als gesamtwirtschaftlich verantwortlich und haben grundsätzlich den Weg des Konsens und des sozialen Zusammenhalts gesucht.

Bezüglich der Regierung Rajoy ist zu sagen, dass sie in der ersten Phase die Sozialpartner aufgrund der komfortablen Mehrheit einerseits und des Drucks der EU zur Austeritätspolitik andererseits ignoriert hat. Nach dieser Phase und nach Zugeständnissen der Arbeitnehmer zu Lohnmoderation und Flexibilisierung ist eine neue Phase mit einer moderaten Wiederbelebung des sozialen Dialogs zu erkennen, was sich auch in den geschilderten Vereinbarungen widerspiegelt. Nun gibt es auch einen Verhandlungstisch zum Thema Jugendbeschäftigung.

## Navarro:

Die Landwirtschaft hat seit 1976 ua durch die Umsetzung der Vorgaben der EU, des IWF und der OECD erhebliche Verluste erlitten. In der gemeinsamen Agrarpolitik erhalten 20% der Betriebe 80% der Förderungen. Dieser Prozess ist umzukehren. In der Landwirtschaft sieht er durchaus Beschäftigungschancen, wenn das Image der Landwirtschaft verbessert wird.

Zu kritisieren ist vor allem der Unwille der Regierung zum sozialen Dialog. Ein Land könne aber nicht durch Dekrete regiert werden, sondern nur im sozialen Dialog. Je geringer der Rückhalt der Regierung in der Bevölkerung, desto eher wird sich die Regierung dem sozialen Dialog wieder öffnen. Jedenfalls steigt der Widerstand quer durch die Bevölkerung, und die Zivilgesellschaft formiere sich.

\*

## **CCOO – comisiones obreras & Fundación 1° de mayo**

Madrid, 17.4.2013, 18:30

### **Paloma López Bermejo (CCOO)**

### **Fernando Rocha (Fundación 1° de mayo)**

Zunächst wurde die CCOO (größte spanische Gewerkschaft) vorgestellt sowie nochmals auf das System spanischer Arbeitsbeziehungen inklusive der gewerkschaftlichen Organisation allgemein sowie die dramatischen Ausmaße der Krise – insbesondere am Arbeitsmarkt (vgl. ausgegebenes Dokument<sup>1</sup>) – eingegangen. 16% der beschäftigten Personen sind Mitglieder des CCOO.

Die aktuellen wirtschaftspolitischen Vorschläge der CCOO zeigen folgende Prioritäten (als weiterführende Information wurde das gemeinsam mit der UGT verfasste wirtschaftspolitische Strategiepapier verteilt<sup>2</sup>):

- Gezielte staatliche Investitionspolitik (inklusive Bildungs- und Ausbildungsbereich mit dem Schwerpunkt mittlere Qualifikation)
- Die öffentlichen Haushalte sind über eine Angleichung der Abgabenquote an das europäische Niveau sowie über eine konsequente Bekämpfung von Steuerbetrug zu sanieren. Gleichzeitig muss der Spielraum für die Investitionen vergrößert werden.
- Wie die Gewerkschaften bereits lange vor der Krise eingefordert haben, muss das nunmehr gescheiterte, vor allem auf einen nicht nachhaltigen Immobiliensektor und andere Niedriglohnbranchen beruhende Produktivmodell geändert werden. Die Produktivität muss mit Forschung und Entwicklung, Bildung und einem funktionalerem Finanzsektor gesteigert sowie der sozialökologische Umbau (alternative Energien, Sozialer Wohnbau, etc.) eingeleitet werden. Zudem sollen auch die preistreibenden Gewinnansprüche gebremst werden.
- Institutionell muss eine solche umfassendere Reform von mehreren politischen Kräften und insbesondere auch den Sozialpartnern ausverhandelt und getragen werden.

---

<sup>1</sup>

[http://www.ccoo.es/comunes/recursos/1/doc151430\\_Analisis\\_de\\_los\\_datos\\_de\\_la\\_Encuesta\\_de\\_Poblacion\\_Activa\\_del\\_IV\\_trimestre\\_del\\_2012..pdf](http://www.ccoo.es/comunes/recursos/1/doc151430_Analisis_de_los_datos_de_la_Encuesta_de_Poblacion_Activa_del_IV_trimestre_del_2012..pdf)

<sup>2</sup> [http://www.ugt.es/actualidad/2012/diciembre/PropUGT\\_CCOOPoliticaEconomica20121210Final.pdf](http://www.ugt.es/actualidad/2012/diciembre/PropUGT_CCOOPoliticaEconomica20121210Final.pdf)

Bezüglich der beiden Generalstreiks hob López Bermejo hervor, dass diese vor allem aufgrund der fehlenden Einbeziehung der Sozialpartner und hier insbesondere der Gewerkschaften erfolgt ist. Vor allem die Aushebelung des KV-Systems in Spanien kann nicht widerstandslos hingenommen werden. Die ArbeitnehmerInnen in Spanien sind gemäß Umfragen mehrheitlich für weitere Streiks. Diese würden wahrscheinlich spätestens dann folgen, wenn zum 8. Juli tatsächlich die bisherigen KV-Vereinbarungen de facto aufgekündigt werden.

Angesprochen auf die pessimistische Grundhaltung der Gewerkschaften nannte sie drei Bereiche, in denen sie optimistisch in die Zukunft blickt: Erstens glaubt sie, dass mit den AG die Aushebelung des KV-Systems zumindest weitgehend verhindert wird. Zweitens ist im Pensionsbereich eine Einigung mit der Regierung in den laufenden Verhandlungen möglich. Und drittens sei es positiv, dass die Einbindung von NGO und den neuen Jugendbewegungen sowohl in den politischen Prozess als auch in die Gewerkschaftsarbeit selbst immer besser funktioniert.

\*

## Bericht von den Treffen in Portugal

### Dr. Pedro Roque, Staatssekretär für Arbeitsmarktpolitik

Lissabon, 18.4.2013, 11:30

Fehlende interne Anpassungen sieht der Staatssekretär als wesentliche Krisenursache, weil die Zeit gesunkener Zinsen nicht ausreichend für Reformen genutzt worden sei. Das Hauptproblem betrifft die Arbeitslosigkeit (17%), und hier wiederum die Jugendarbeitslosigkeit (38%). Das größte down-side risk bestehe in der allgemeinen wirtschaftlichen Situation in Europa. Die Austeritätspolitik hat nicht die erwarteten Erfolge gebracht (ua wegen der nicht richtig eingeschätzten fiskalischen Multiplikatoren).

Das Memorandum of Understanding (MoU), das mit der Troika unterzeichnet wurde, stütze sich dennoch auf breiten Konsens jener Parteien, die an der Regierung beteiligt sind/waren. 2012 gab es eine strategische Vereinbarung mit den Sozialpartnern (außer CGTP). Die Regierung könne daher noch immer zumindest auf wirtschaftlichen und sozialen Kernkonsens bauen.

Das Verfassungsurteil zur Aufhebung von Sparmaßnahmen, die Bedienstete des öffentlichen Sektors betreffen, führt zur Notwendigkeit anderwärtiger Kürzungen im Ausgabenbereich, da sie sich auf jenen Teil beziehen, der ausgabenseitig einzusparen ist (2/3 Ausgaben und 1/3 Einnahmen lt MoU).

Die Binnenwirtschaft ist zum Erstarren gekommen. Die Arbeitslosigkeit trifft durch den Wegfall der arbeitsintensiven Infrastrukturinvestitionen va niedrig Qualifizierte durch ausbleibende Erholung aufgrund hoher Kreditzinsen. Dies trifft auf das Problem der Qualifikationsstruktur Portugals: Viele niedrig Qualifizierte und wenig mittel- und hoch Qualifizierte. Bei den mittel Qualifizierten versuche Portugal mit berufsbezogener Aus- und Weiterbildung eine Qualifikationsoffensive. Viele hoch Qualifizierte der letzten Jahre (starker Anstieg mathematischer, naturwissenschaftlicher und technologieorientierter Studien) wandern ab (EU, südliches Afrika, Brasilien).

Bezüglich des Kreditmarktes hofft man, durch die 2012 erfolgte Re-Kapitalisierung von Banken (Aktienkapital, Sitz in Aufsichtsräten) eine Fokussierung der Vergabe von Krediten an KMU zu erreichen.

Mangels Binnennachfrage und aufgrund des exportgetriebenen Wachstums ist dies die einzige Möglichkeit, die Arbeitslosigkeit wieder zu senken (va auch mit Drittstaaten). Eine Entlastung der Leistungsbilanz komme auch von der verstärkten heimischen agrarischen Produktion.

Letztlich hänge aber der Erfolg sehr stark von externen Bedingungen ab. Europa müsse einen balancierteren Weg zwischen Austerität und Wachstum gehen und brauche mehr statt weniger Europa.

\*

**Dr. Albert Jäger, IWF; Dr. Reinhard Naumann, Friedrich Ebert-Stiftung Portugal**

Lissabon, 18.4.2013, 13:30

Bei der Diagnose geht Dr. Jäger von vier wesentlichen Einflussfaktoren im Vorlauf zur Krise aus:

1. Sehr schnelle Veränderungen durch EU- und Eurobeitritt (Wechselkurs und Geldpolitik entfallen), durch die Konkurrenz in Niedriglohnssektoren und in der Konkurrenz um FDI.
2. Überoptimistische Erwartungen bzgl. Konvergenz allgemein, im Lebensstandard und auf den Finanzmärkten. Der Wohlfahrtsstaat wurde in Hinblick auf die erwartete wirtschaftliche Konvergenz und schneller als die wirtschaftliche Entwicklung ausgebaut.
3. Die Wirtschaftspolitik hatte sich nicht angemessen an den Euro-Beitritt angepasst (Wegfall der Möglichkeit der Inflationierung und WK-Anpassung), va Budgetpolitik und die Verfolgung eines riskanten Modells der Banken durch übermäßige und kurzfristige Refinanzierung über den Geldmarkt.
4. Mängel in Wettbewerbsrecht und -politik, wodurch die Unternehmen des Bereichs nicht-handelbarer Güter höhere Profitraten aufweisen als jene des Bereichs handelbarer Güter.

Bei der Umsetzung des Programms sei PT auf relativ gutem Weg, wobei er zu den funktionierenden Materien die Budgetpolitik (zu 2/3 umgesetzt), Stabilisierung der Leistungsbilanz nicht nur über einen Rückgang der Importe, Strukturreformen auf dem Arbeitsmarkt betr. Flexibilisierung, Arbeitszeit, Abfertigungen und Überstundenzuschläge zählt. Der letzte Punkt wird aber von Dr. Naumann kritisiert, weil er in die Tarifautonomie eingreife und damit den sozialen Dialog belaste.

Probleme sieht Dr. Jäger noch in der Qualifikationsstruktur (die Arbeitslosigkeit trifft vor allem arbeitsintensive Sektoren), bei den Finanzierungsproblemen durch hohe Zinsen (eher nicht credit crunch) und in den oligopoloiden Strukturen auf den Gütermärkten (va Energie und Treibstoffe).

Für Dr. Naumann liegt das Problem vor allem auch in der Konstruktion des Euro-Konvergenzklubs, der in der Eurozone zu zunehmender Divergenz führe und er schlägt daher eine Investitionsunion vor, um aus der Negativspirale zu kommen. Bei Fortdauer der Krise sieht Dr. Naumann eine ernsthafte Legitimationskrise dräuen. Jäger sieht die Hoffnung demgegenüber v.a. im Konvergenzwachstum wie im Beispiel der CEE (Jäger bezeichnet die EU als den „erfolgreichsten Konvergenzklub der Welt“).

Befragt nach Konsequenzen aus der geänderten Einschätzung der Wirkung der Fiskalmultiplikatoren durch den IWF führt Dr. Jäger aus, dass sich die Aufgabe hier in Portugal auf die Wiederherstellung der langfristigen Finanzierungsmöglichkeiten über die Märkte bezieht. Für Europa insgesamt bedeutet diese Änderung der IWF-Position aber sicherlich, dass „Komplementarität“ der makropolitischen Anpassungsstrategien innerhalb der Eurozone notwendig wäre. Starke und schwache Euroländer können die gleiche Richtung verfolgen.

\*

### **CES – Wirtschafts- und Sozialausschuss**

Lissabon, 18.4.2013, 16:00

**CGTP - General Confederation of Portuguese Workers**

**UGT - General Trade Union of Workers**

**CAP – Portuguese Confederation of Farmers**

**CCP- Confederation of Trade and Services of Portugal**

**CIP - Business Confederation of Portugal**

**CTP – Confederation of Tourism**

Die Sozialpartner sind traditionell eher wenig in die Wirtschafts- und Sozialpolitik eingebunden. Insgesamt besteht in der Situationsanalyse sowie der Analyse der Maßnahmen der Troika (Memorandum EZB, EK und IWF) zwischen den sechs Organisationen weitgehend Einigkeit. Für die Arbeitgeberseite sind insbesondere der Mangel an Krediten (=> Insolvenzen) sowie die hohen Finanzierungskosten Probleme. Die Anzahl der Tarifverträge ist ständig zurückgegangen, eine gemeinsame Grundlage für die Lohnstruktur ist somit abhandengekommen. Insgesamt gibt es eine starke Verlagerung auf die Betriebsebene. Es kam zu einer Neuordnung der Arbeitszeit, die Unternehmer mussten Ausgleichszahlungen leisten. Des Weiteren besteht das Problem der Repräsentativität: Da es keine Pflichtmitgliedschaft gibt, wird die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen ständig reduziert. Die Austeritätspolitik hat auch fatale Auswirkungen für die Unternehmensstruktur. 40.000 Unternehmen haben in der Folge der Krise alleine im Bereich Handel und Dienstleistungen schließen müssen. 90% der KMU sind negativ betroffen. Große Sorge haben Arbeitgeber und Arbeitnehmer was die Allgemeingültigkeit der Kollektivverträge (Zahl nimmt stark ab) angeht. Die Arbeitnehmervertreter beklagen Folgen der Austeritätspolitik, die einseitigen Einschnitte bei den Löhnen, Pensionen, etc. Die Folgen sind: Negativwachstum von mehr als 3%, 720.000 Arbeitsplätze weniger, fast 40% Jugendarbeitslosigkeit und eine Verarmung der Bevölkerung (500.000 sind armutsgefährdet).

Fünf der Organisationen haben sich auf ein Abkommen im Jahr 2011 geeinigt. Die Regierung ignorierte zunächst dieses Maßnahmenpaket und zeigte sich erst nach dem Generalstreik wieder offen für den sozialen Dialog. Im Jänner 2012 hat die Regierung dann das Abkommen mit den 5 Organisationen unterzeichnet. Das Abkommen soll den Sparkurs im Wesentlichen entschärfen, Sparziele zeitlich verschieben sowie Impulse für Beschäftigung, Investitionen und Wettbewerb setzen. Es sind aber auch Maßnahmen wie zB die Kürzung der Urlaubstage enthalten. Aus diesem Grund hat CGTP dieses Abkommen nicht unterzeichnet. Die Umsetzung fehlt noch weitgehend. Leider nicht beantwortet wurde, wie sich das Urteil des Verfassungsgerichtshofes auf den Spar- und Reformkurs der Regierung auswirken wird.

Morais (CAP Landwirte) geht auf die Sondersituation der Landwirtschaft ein und berichtet, dass die EU-Agrarpolitik-Verhandlungen derzeit zentrales Thema sind. Die Branche ist im Aufschwung, die Arbeitsplätze werden mehr.

\*

#### **AIP – Associação Industrial Portuguesa / Portugiesischer Industrieverband**

Lissabon, 18.4.2013, 18:00 Uhr

#### **Vizepräsident Pais**

präsentiert anhand von ppt-Folien kurze Antworten zu den von uns im Vorfeld übermittelten Fragen und erläutert zusätzlich in der Diskussion:

- Die Krisenbewältigung in den 90ern war geprägt von der Änderung der Arbeitsgesetze, der Steigerung der Produktivität, einer "Europäisierung" und der Selektion von positiven Betrieben.
- Neben den externen Gründen sieht er zwei Hauptgründe für die aktuelle Krise: Unkontrollierte öffentliche und private Schulden sowie zu wenig Wirtschaftswachstum.
- PPP haben auch nicht den gewünschten Erfolg gebracht. Die Verteilung des BIP ist jedenfalls verbesserbar. Die Schattenwirtschaft wächst unter anderem aufgrund der Steuererhöhungen und liegt zwischen 6% und 10%. Die portugiesische Sozialpartnerschaft ist nicht so weit entwickelt wie in DE oder AT, aber es wird besser.
- Die wichtigsten Wachstumssektoren aus seiner Sicht sind Tourismus, Wein und Neue Technologien, wo es einige „hidden champions“ gibt. Green economy ist sehr wichtig. In Portugal sind wichtige Weltmarktfirmen im Bereich Erneuerbare Energien aktiv. Die Selbstversorgung mit Lebensmitteln war durch die EU-GAP bis vor kurzem stark sinkend und ist jetzt wieder steigend.
- Solidarität zwischen den Staaten in Europa ist notwendig. Die Antwort auf die Krise kann nicht weniger sein, sondern muss mehr Europa heißen.
- Die Zivilgesellschaft und insbesondere die Sozialpartner müssen im Reformprozess eingebunden sein.

\*

Lissabon, 19.4.2013, 10:00 Uhr

**Miguel Cruz (Member – Board of Directors), Helena Duarte**

IAPMEI ist Portugals Agentur für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation, aktuell findet gerade eine Zusammenführung von IAPMEI und der Portugiesischen Innovationsagentur statt. Die Hauptaufgabe von IAPMEI ist die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit im Bereich der SME (Klein- und Mittelbetriebe) durch geeignete Maßnahmen in den Bereichen Innovation, Unternehmerkompetenz und Unternehmensinvestitionen.

Portugal befindet sich nach wie vor in einer Rezession, allerdings bei wachsenden Exporten. Die dargelegte Prognose des Finanzministeriums erwartet für 2014 wieder ein leichtes GDP-Wachstum bei stagnierendem – und zumindest nicht mehr fallendem privatem Konsum, weiter sinkendem öffentlichem Konsum, jedoch wachsendem Außenhandel und insbesondere wieder wachsenden Bruttoanlageinvestitionen.

	2012	2013*	2014*
<b>GDP</b>	<b>-3.2</b>	<b>-2.3</b>	<b>+0.6</b>
Private consumption	-5.6	-3.5	+0.1
Public consumption	-4.4	-2.6	-2.0
Gross fixed capital formation	-14.5	-7.6	+2.5
Exports of goods and services	+3.3	+0.8	+4.4
Imports of goods and services	-6.9	-3.9	+3.1

\*Forecasts

Source: Ministério das Finanças (Portuguese Ministry of Finance, 7<sup>th</sup> review)

Die massive Verbesserung bei den Anlageinvestitionen erklärt Herr Cruz mit der sehr guten und auch investitionsfreudigen Performance der großen, oft auch internationalen gut 2.000 Unternehmen in Portugal. Probleme bereitet der Sektor der Klein- und Mittelbetriebe, die mangels internationaler Wettbewerbsfähigkeit meist nicht im Export tätig sind. Insgesamt wurde das Handelsbilanzdefizit Portugals in den letzten Jahren von rund € 21 Mrd im Jahr 2010 auf € 10,7 Mrd 2012 gesenkt. Im ersten Quartal 2013 hat sich aufgrund der Schwäche der europäischen Märkte das Exportwachstum reduziert, aufgrund der Probleme in Europa sind insbesondere Brasilien, Afrika (Angola) und China wichtige Märkte für Portugal.

Die portugiesische Wirtschaftsstruktur ist von Einpersonenfirmer-Unternehmen und SME geprägt. Von rd. 1,14 Mio nichtfinanziellen Unternehmen sind 68,5% Einpersoner-Firmer. Knapp 360.000 Unternehmen beschäftigen 3,8 Mio Personen. 95,6% der Unternehmen sind Mikrounternehmen mit maximal 9 Beschäftigten, nur 10% der SME exportieren.

Zu den drei Hauptproblemen der portugiesischen Wirtschaft zählt Herr Cruz die Finanzierungsbeschränkungen, mangelnde Exportversicherungen zur Unterstützung bei der Internationalisierung und die Qualifikationsstruktur der Arbeitskräfte. Er habe Zweifel, ob mangelnde Flexibilität des Arbeitsmarktes für die Beschäftigungssituation verantwortlich gemacht werden kann. Sonderthemen

sind auch die steigenden Energiepreise, die auch auf Privatisierungen bei hoher Marktkonzentration zurückzuführen sind.

IAPMEI wurde 1975 gegründet und hat derzeit 313 Beschäftigte. IAPMEI agiert im laufenden Budget eigenfinanziert und ist daher nicht von öffentlichen Budgets abhängig. Das laufende Budget beläuft sich 2013 auf € 20,6 Mio. Das von IAPMEI begleitete Investitionsvolumen beträgt 2013 € 625 Mio. Für die Investitionsförderungen gibt es staatliche Budgets und hauptsächlich EU-Finanzierungen. IAPMEI führt vier Kernaktivitäten durch:

- **Betriebswirtschaftliche Unterstützung für SME:**  
zB Coaching, Technische Unterstützung für Start-Ups, Trainings, Wissenstransfer, Netzwerke
- **Management der Investitionsprogramme („Incentive Schemes for Investment“):**  
Fokus auf den Prioritäten Innovation, Internationalisierung und Humankapital-Entwicklung; Genehmigung stark von Managementfähigkeiten (logische Businesspläne) und Innovationsgehalt abhängig; zwischen 2007 und März 2013 19.400 eingereichte Projekte, davon 9.555 mit Investitionen von € 4,4 Mrd und einem Fördervolumen von € 1,89 Mrd genehmigt.
- **Förderung von Innovationen und Kompetenzen der Unternehmensführung:**  
Förderung des Wissenstransfer zwischen Universitäten und SME; Benchmarking; Netzwerke zur Unterstützung von Internationalisierungsprozessen).
- **Neue Wege der SME-Finanzierung:**  
Eigene Finanzierungsinstrumente für Gründungsphasen („Finicia“ Kooperation mit venture capital, Banken, mutual guarantee companies, business angels), Wachstumsphasen („Fincesce“ – Unterstützung von SME mit guter Entwicklung) und Turnaround („Fintrans“).

\*

## **IEFP – Instituto do Emprego e Formação Profissional IP - Staatliches Arbeitsmarktservice**

Lissabon, 19.4.2013, 11:30 Uhr

**Dr. Octavio de Oliveira, Präsident; Garca Castro, Marketing**

[www.iefp.pt](http://www.iefp.pt)

Dr. Oliveira referierte über die Konsequenzen aus der Finanz- und Wirtschaftskrise, insbesondere für den Arbeitsmarkt. Das staatliche Arbeitsmarktservice IEFP wird von einem Board geführt, in dem die Regierung genauso vertreten ist wie die Sozialpartner und hat eine dezentrale Struktur mit 5 Regionaldirektionen. 88 Job Centers, 58 Berufsausbildungszentren und ein berufliches Rehabilitationszentrum bilden die operativen Einheiten.

Das IEFP hat umfassende Aufgaben vor allem in der Organisation des Arbeitsmarkts bzw. Formulierung der Arbeitsmarktpolitik sowie in der beruflichen Aus- und Weiterbildung. IEFP unterstützt produktivitätsorientierte Trainingsmaßnahmen sowie Job Creation sowohl technisch wie auch finanziell.

Portugal hat eine Beschäftigtenquote von 62% (EU 64,4%, Österreich 73,6%), die Arbeitslosigkeit betrug im Februar 2013 17,5% (EU 10,9%, Österreich 4,8%). Nicht oder gering qualifizierte Arbeitnehmer wurden von der Krise besonders hart getroffen, genauso wie viele Universitätsabsolventen. Probleme gibt es insbesondere im Bau- und Immobiliensektor, im Handel, im Hotel- und Restaurantgewerbe sowie im öffentlichen Dienst.

Die Nettoersatzrate der ALV beträgt zu Beginn 55% und sinkt nach 6 Monaten auf 45%. Teilzeitjobs sind teilweise mit ALG-Bezug kompatibel. Die maximale Bezugsdauer wurde auf Basis des MoU mit der Troika von bisher 42 Monaten auf 26 Monate reduziert, in Fällen langer Beschäftigung kann ALG bis zu 36 Monate bezogen werden. Nach Auslaufen des ALG-Bezugs kann eine Sozialhilfe in Abhängigkeit des Haushaltseinkommens bezogen werden.

Die Probleme am portugiesischen Arbeitsmarkt haben viele Ursachen: fehlende Inlandsnachfrage, Stellenabbau im öffentlichen Sektor, Verschuldung in allen Sektoren, rigide und segmentierte Arbeitsmärkte, demographischer Wandel, unpassende Skills der Arbeitskräfte und Jugendarbeitslosigkeit.

Das Sozialpartner-Abkommen 2011 war ein Bekenntnis zu Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung. Mit dem MoU zum Rettungsschirm haben sich die Ziele auf Budgetkonsolidierung durch Reform des öffentlichen Sektors mit entsprechenden Kürzungen der öffentlichen Ausgaben verlagert. Damit sinken auch die verfügbaren Einkommen und die Inlandsnachfrage mit allen Implikationen für das Niveau der ökonomischen Aktivitäten, nämlich reduzierte Beschäftigung, steigende Arbeitslosigkeit und mehr Insolvenzen.

Das Ziel dieser Strategie ist klar auf die Sektoren der handelbaren Güter und Dienstleistungen und deren Export samt Reindustrialisierung orientiert. Ebenso sollen ausländische Direktinvestitionen und Betriebsansiedlungen in Portugal induziert werden.

Nach Ansicht von Herrn Oliveira meint „Flexicurity“ ArbeitnehmerInnen zu schützen, nicht Jobs. Ein Strukturwandel hin zu mehr Wettbewerbsfähigkeit ist dringend notwendig, weshalb auch die Abfertigungsansprüche bei Entlassungen reduziert wurden (18 Tage pro Jahr verglichen zu bisher 30 Tage pro Jahr). Neben Reduktion der Abfertigungszahlung wurde auch der Kündigungsschutz reduziert und mehr Arbeitszeitflexibilität betreffend Durchrechnungen herbeigeführt. Die Überstunden wurden um 50% reduziert genauso wie die Feiertage (Bank- und religiöse Feiertage). Die Lohnpolitik wurde mit der Produktivität gekoppelt, Frühpensionen eingedämmt. Das Arbeitsmarktservice wurde restrukturiert und das Arbeitslosengeld nach 6 Monaten Bezugsdauer reduziert. Man setzt nun auf kurze Qualifikationsperioden (längere Qualifikationsperioden verhindern spätere Reintegration).

Maßnahmen der beruflichen Aus- und Weiterbildung werden vorwiegend mit kurzer Ausbildungsdauer – genannt „Active Life“ – durchgeführt, die sowohl qualifizieren als auch aktivierend wirken sollen. 2012 gab es in diesem Programm 87.000 Trainees.

Das IEFB-Budget für Ausbildung und aktive Arbeitsmarkt-Maßnahmen beträgt € 1 Mrd und wird durch Sozialabgaben finanziert.

\*

\* \*